



LAND UNTER VERSCHLUSS

Rot-Rot gibt kein grünes Licht für
freien Informationszugang

> Seite 4



LAND UNTER DRUCK

Braune Brühe fließt
Richtung Spreewald

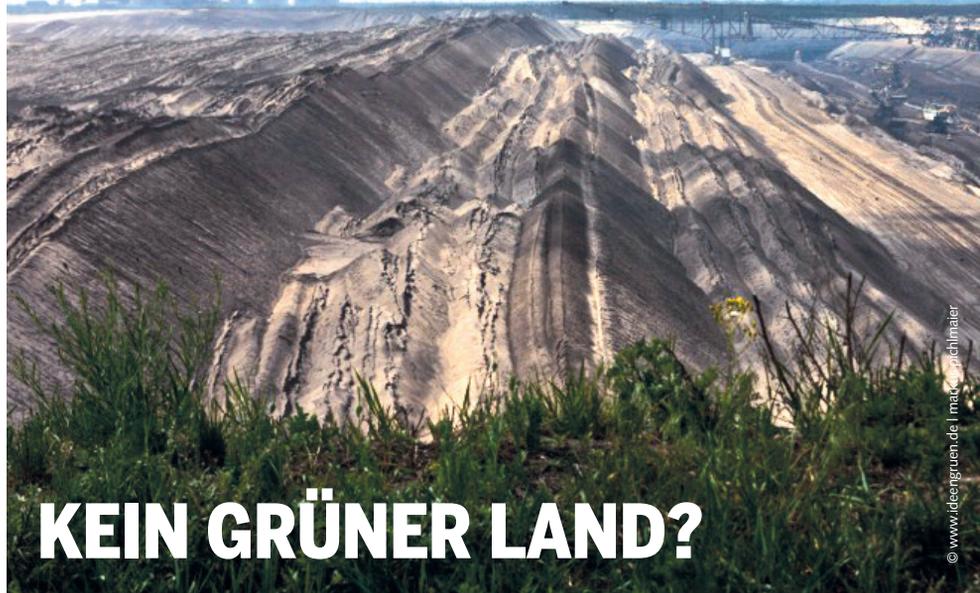
> Seite 7



LAND UNTERM PFLUG

Naturschutzgesetz ohne ausreichende
Regeln für die Landwirtschaft

> Seite 9



KEIN GRÜNER LAND?

© www.diegruenen.de | matthias schilmaier

Frühling! Es grünt so grün: Felder werden bestellt, Feriendomizile bekommen einen Frühjahrsputz, Naturlandschaften laden zum Erholen ein. Kein grüner Land weit und breit!

Schaut man allerdings etwas tiefer, tun sich auch Abgründe auf. BürgerInnenwillen und Umweltbedenken zum Trotz droht Brandenburgs Untergrund Gas und Öl mit unkonventionellen Methoden (Fracking) entzogen zu werden. In die Spree kommt Eisen – und den LausitzerInnen langsam die Wut hoch. Unverändert bleibt die trübe Aussicht, dass an neuen Braunkohle-tagebauen festgehalten wird.

Der Blick gen Himmel ist nur bedingt besser: So wie der Flughafen BER weiter auf

Flugzeuge wartet, warten dessen AnrainerInnen immer noch auf Nachtflugverbot und stringenten Lärmschutz – wir werden mit dafür sorgen, dass hier kein Gras über die Sache wächst. Auch Brandenburgs natürliche Vogelwelt ist immer mehr gefährdet – mit dem neuen Naturschutzgesetz wurden Chancen vertan.

Bei welchen Themen wir abheben oder in die Luft gehen, können Sie in dieser Frühjahrsausgabe lesen – vielleicht sogar im Grünen.

Eine ersprießliche Lektüre wünschen

3 FRAGEN AN...**SABINE NIELS**

© Fraktion

Seit Ihrer Wiederaufnahme in die Fraktion sind Sie Sprecherin für Bergrecht. Warum diese zusätzliche Funktion? Weil Brandenburg ein zusätzliches Problem bekommen hat. Es geht nicht mehr allein um Braunkohleabbau und CCS. Heute stehen wir einem weiteren modernen Raubrittertum gegenüber: der unkonventionellen Förderung von Gas und Öl. Dabei befürchten wir die Anwendung der umstrittenen Fördermethode Fracking. Braune Spree, Grundwasserabsenkungen, geplante Braunkohletagebaue und der Zugriff auf andere Bodenschätze sind Probleme insbesondere in der Lausitz, für die ich als Abgeordnete ja auch regional zuständig bin.

Wie wollen Sie sich gegen diese Formen der Landnahme wehren?

Das Fracking kritisiert auch der Bundesrat – wir fordern hier gesetzliche Vorgaben für Umweltprüfung und Mitsprache der Betroffenen. Die braune Spree zeigt einmal mehr, dass die Folgen der Kohleförderung unbeherrschbar und neue Tagebaue abzulehnen sind. Wir wollen auch noch ein CCS-Gesetz einbringen, um die CO₂-Verpressung im Land definitiv auszuschließen.

Für Sie haben auch gentechnisch veränderte Pflanzen nichts auf Brandenburgs Böden zu suchen?

Die große Mehrheit der Bevölkerung lehnt Agro-Gentechnik ab. Wie wir uns und die Natur, Nutztiere und -pflanzen vor gentechnisch veränderten Organismen schützen können, ist u. a. Thema des Runden Tisches der gentechnikfreien Regionen, den die Umweltministerin auf unsere Initiative hin eingerichtet hat. Hier pochen wir auch auf die Erarbeitung einer Eiweißstrategie. Wir wollen, dass einheimisches statt Gentech-Soja verfüttert wird – in 80 Prozent unserer Futtermittel ist jedoch Soja aus Übersee enthalten.

Sabine Niels ist Sprecherin für Recht, Landwirtschaft, Bergrecht und Europapolitik in der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

FRAKTION WIEDER ZU FÜNFT

Sabine Niels ist wieder Mitglied der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Fraktion und Sabine Niels verständigten sich vorab in einem mehrwöchigen Mediationsverfahren auf klarere Aufgabenbereiche und bessere Kommunikationsstrukturen. Die regional für die Lausitz zuständige Abgeordnete bearbeitet nun generell die Bereiche Bergrecht und Bodenschätze. Die Fraktion wird der Verhinderung neuer Tagebaue und CCS noch größere Bedeutung beimessen und dementsprechende Gesetzesinitiativen in den Landtag einbringen.

SCHLESWIG-HOLSTEIN IST FRÜHER DRAN

Schleswig-Holstein hat seine Kommunen verpflichtet, Kinder und Jugendliche altersgemäß in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen – und ist darin ein Vorreiter. Der Brandenburger Bildungs- und Jugendausschuss informierte sich im Februar vor Ort, was man über die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre hinaus für die Beteiligung von unter 18-Jährigen tun kann. Unsere jugendpolitische Sprecherin Marie Luise von Halem plant, neue Beteiligungselemente gesetzmäßig in Brandenburg zu verankern.

FRAUEN STIMMEN GEWINNEN

Dieses Motto der Brandenburger Frauenwoche vom März 2013 soll Frauen nicht nur zum Wählen, sondern zum Kandidieren anstiften. Nach der Bundestagswahl in diesem Jahr finden 2014 Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen in Brandenburg statt. Landesweit gibt es keine Landrätin, Frauen sind in Kommunalparlamenten am schlechtesten vertreten, Parteimitglieder sind mehrheitlich Männer – auch bei den Bündnisgrünen. Unsere Fraktion wird noch mehr nach Beteiligungsformen suchen, die Frauen wirklich ansprechen.

FLUGHAFEN BER

BEIM LÄRMSCHUTZ
KEINE RUHE GEBEN

Der Tausch von Klaus Wowereit und Matthias Platzeck an der Spitze des Aufsichtsrates der Flughafengesellschaft hat bundesweit für Spott und Empörung gesorgt. Platzeck hat schon als Wowi-Stellvertreter versagt und dem Land ideell und finanziell geschadet. Die Verknüpfung seines politischen Schicksals mit dem BER besteht lediglich darin, die Wahl 2014 halbwegs unbeschadet zu überstehen. Bei Universitäten, Schulen und Kinderbetreuung, bei öffentlichem Nahverkehr und Straßenerhalt – überall fehlen die Gelder, die das Land an den Flughafen überweisen muss. Deshalb haben wir dem Ministerpräsidenten bei der

Vertrauensfrage im Landtag die Unterstützung versagt.

Erstes erfolgreiches Volksbegehren

Aber Geld ist nicht alles. Der Flughafen soll der Region Wohlstand und Lebensqualität bringen. Auch den unmittelbaren AnliegerrInnen! In einem so dicht besiedelten Gebiet kann sich der Flugverkehr nicht primär an den Geschäftszahlen der Airlines und Flughafengesellschaft ausrichten. Wir sind auch weiterhin dagegen, Nachtflugverkehr auf andere Flughäfen in Brandenburg zu verschieben. Für diese Position kämpfen wir jetzt mit den VertreterInnen des Volks-

begehrens gemeinsam. 106.332 BürgerInnen ist es nicht egal, wenn nachts über ihre Köpfe hinweg geflogen wird. Dieses erste erfolgreiche Volksbegehren in der Geschichte Brandenburgs wurde nun durch den Landtag angenommen. Jetzt hat Matthias Platzeck den Auftrag, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr mit Berlin und Bund auszuhandeln. Wie konsequent er dieses Ziel verfolgen wird, ist noch nicht absehbar. Wir werden ihm dabei genau auf die Finger sehen.

Welcher Flughafen soll es sein?

Im jüngst konstituierten BER-Sonderausschuss des Landtages werden fortan alle wichtigen Schritte bis zur Fertigstellung des Flughafens besprochen. Ein spezieller Stab in der Staatskanzlei arbeitet dem Aufsichtsratsvorsitzenden Platzeck zu und berichtet dem Ausschuss. Es geht vor allem darum, woher die notwendigen zusätzlichen Mittel kommen und wie der Flughafen fertiggestellt und betrieben werden soll. Bleiben die Anteile von Bund, Berlin und Brandenburg unverändert? Werden auf Grund absehbarer EU-Auflagen Teile der Gesellschaft privatisiert? Welche Größe soll der Flughafen überhaupt haben? Antworten kann es nur geben, wenn die betriebswirtschaftlichen Planungen offengelegt und diskutiert werden – das lehnt Rot-Rot jedoch bisher ab. Ob und wann das Projekt einmal abheben und was es uns kosten wird, bleibt also bis auf weiteres das Geheimnis von Matthias Platzeck.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

www.gruenlink.de/avr



© Gerhard Seybert/fotolia.com



OPEN DATA BLEIBT EIN FREMDWORT

Transparenz sollte das Wort des Jahres 2013 in Brandenburg werden! Der Ministerpräsident will den BER durchsichtiger machen und die Umweltministerin die braune Spree. Dass Transparenz auf freiem Zugang zu ungefilterten Informationen fußt – das hat sich allerdings im rot-roten Regierungskreis noch nicht ganz herumgesprochen.

Unser im Jahr 2012 eingebrachter bündnisgrüner Gesetzentwurf zur Neuregelung des Informationszugangs löste eine breite Debatte und viel Zustimmung aus. Nun hat die Landesregierung einen eigenen Gesetzentwurf vorgelegt: Nach langem Kreißen ward ein graues Mäuslein geboren.

Verkehr und Energie: Geheimsache

Zwar sind laut Regierungsentwurf auch kommunale Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts informationspflichtig. Wenn öffentliche Aufgaben jedoch von privatrechtlichen Unternehmen erledigt werden, bleiben deren Aktendeckel auch künftig geschlossen. Das wäre z. B.

bei Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften der Kommunen oder des Landes, also Verkehrsbetrieben, Energieversorgern und Wohnungsbaugesellschaften der Fall. Doch gerade Daten dieser Einrichtungen berühren den unmittelbaren Lebensalltag der BürgerInnen! Die Ausnahme könnte außerdem Kommunen ermuntern, auch andere öffentliche Aufgaben auszugliedern. Unser Gesetzentwurf will dagegen auch privatrechtliche Unternehmen verpflichten, ihre Informationen zu veröffentlichen – insbesondere wenn es um den Verbraucherschutz geht.

Ausnahmen sind die Regel

SPD und Linke möchten laufende Verfahren, die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB), Unternehmen im Wettbewerb, Rundfunkanstalten sowie die Tätigkeit der Polizei von der Informationspflicht befreien. Im Gegensatz zur Regierung wollen wir nicht von vornherein Ausnahmen festschreiben. Im konkreten Fall sollte eine Abwägung stattfinden.

Bei „open data“ schweigt sich der Gesetzentwurf aus. Wir aber wollen, dass öffentliche Stellen Informationen aktiv bereitstellen. In anderen Bundesländern wie Berlin oder Hamburg müssen die Verträge der Grundversorgung, z. B. zu Gas, Wasser und Strom, veröffentlicht werden.

Warum die Landesregierung im Zuge der Entbürokratisierung mit ihrem Gesetzentwurf das Nebeneinander von Akteneinsichtsgesetz und Umweltinformationsgesetz nicht auflöst, ist uns völlig unverständlich. Unser Entwurf beugt den ansonsten vorprogrammierten Problemen, z. B. von ungeklärten Zuständigkeiten, durch die Verschmelzung beider Gesetze vor.

Wir sind gespannt, wie viel Transparenz sich Brandenburg zutraut.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*

www.gruenlink.de/g8q

NPD: AUSSCHALTEN ODER AUSHALTEN?

Kein Zweifel: Wir wären froh, gäbe es keine öffentlich finanzierten rassistischen Hasstiraden in deutschen Landtagen mehr, keinen durch das Parteienprivileg geschützten Antisemitismus, keine Aufmärsche und Heldengedenken unter dem Mantel von Demonstrations- und Meinungsfreiheit. Und doch scheiden sich an der Diskussion um das NPD-Verbotsverfahren die Geister. Eine Demokratie muss die Hürden für ein Parteienverbot sehr hoch hängen; in einem Rechtsstaat kann ein Parteienverbot nur das allerletzte Mittel sein.

Für uns ist die NPD klar verfassungsfeindlich – aber ist sie eine wirkliche Gefahr für unsere Demokratie? Die NPD saß noch nie im Bundestag, sie ist zerstritten und pleite, die Mitgliederzahlen und Umfragewerte sinken, mit Wahlergebnissen wie zuletzt in Nordrhein-Westfalen mit 0,5 % und in Niedersachsen mit 0,8 % bleibt dort die Kasse der Parteienfinanzierung verschlossen. Bundesregierung und Bundestag müssen das Material gründlichst

prüfen: Es dürfen keine V-Leute im Spiel sein, die Absicht der aggressiven Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist eindeutig nachzuweisen und: Ein Verbot muss einer Revision vor dem europäischen Gerichtshof standhalten. Dennoch: Durch ein NPD-Verbot rotten wir nicht den Alltagsrassismus in unserer Gesellschaft aus. Wir vertreiben nicht die militanten Kameradschaften. Und Auffangbecken wie „Die Rechte“ stehen längst bereit.

*Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin*



BEWEGUNG HINTER GITTERN

Justizminister Volkmars Schöneburg ist mit seinen beiden Gesetzesentwürfen zum Justizvollzug und zur Sicherungsverwahrung gut gestartet. Unsere Forderungen finden sich darin wieder: Resozialisierung der Strafgefangenen sowie Qualifizierung und Supervision für die Justizvollzugsbediensteten – sie müssen schließlich auch jeden Tag in den Knast.

Eine gründliche Diagnose mit Vollzugs- und Eingliederungsplan bei den Straftäter_innen und die enge Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten der Justiz und freien Trägern der Entlassenenhilfe sollen fortan im Strafvollzug die Regel sein. Die Selbstständigkeit der Gefangenen wird u.a. mit einem Arbeitstraining gefördert. Die Sozialtherapie stellt auf zu erwartende Straftaten ab – statt auf die begangenen. Offener und geschlossener Vollzug sind dann gleichrangig. Auch im Sicherungsverwahrungsgesetz sind Resozialisierung und Therapie als Schwerpunkte gesetzt. In Un-

freiheit ein selbstständiges rechtskonformes Leben für die Freiheit einzuüben ist eine große Aufgabe – da braucht es mehr und qualifiziertes Betreuungspersonal und andere Unterbringungsmöglichkeiten für die Gefangenen bzw. Sicherungsverwahrten. Dass Kosten und Finanzierung nicht im Gesetz verankert sind, ist zwar verständlich. Aber auch im Landeshaushalt ist der Mehrbedarf für zusätzliches Personal, Weiterbildung und Baumaßnahmen nicht berücksichtigt. Nordrhein-Westfalen kalkuliert mit 1,5 Millionen Euro für die Ausstattung eines neuen Gebäudes und jährlich 4,5 Mio. Euro Personalkosten; Niedersachsen hat 12,4 Mio. für Baumaßnahmen und 1,3 Mio. Euro für 30 zusätzliche Stellen bereits in den Haushalt eingestellt. In Brandenburg wird ein Nachtragshaushalt fällig, wenn das Gesetz kein Papiertiger bleiben soll.

*Sabine Niels
Rechtspolitische Sprecherin*

BERGBAU CONTRA BÜRGER_INNENRECHTE

MONOPOLY IM
UNTERGRUND

Neben Braunkohle birgt Brandenburg weitere Bodenschätze, auf die die Rohstoff- und Energieunternehmen ein Auge geworfen haben. Auch als Lager, Speicher oder geothermische Energiequelle möchten einige Firmen und Kommunen den Untergrund gerne nutzen. Wo so viele Interessen aufeinander treffen, werden Regeln benötigt, die Mensch und Natur schützen sowie der Wirtschaft klare Rahmenbedingungen geben. Die Fraktion hat in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Positionspapier erarbeitet, das Bedingungen für einen Rohstoffabbau in Brandenburg beschreibt. Wie sich jetzt herausstellt, zum richtigen Zeitpunkt.

Demokratie wird der Boden entzogen

Wer tiefer in die Bergbauthematik eindringt, dem tun sich Abgründe auf, in denen Umweltschutz und Demokratie Nebenrollen spielen. Hier gilt das Bundesbergrecht, das demjenigen, der in Deutschland Bodenschätze fördern will, weitgehende Privilegien einräumt, die bis zur Möglichkeit der Enteignung gehen. In Brandenburg sind z. B. in Guhlen am Schwielochsee neue Öllagerstätten entdeckt worden, aus denen demnächst bis zu 15 Mio. Tonnen des fossilen Rohstoffs gefördert werden sollen – im Wert von rund 930 Mio. Euro. In Beeskow erhielt die Bayerngas GmbH Anfang 2013 eine Erkundungsgenehmigung – ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und ohne Bürger_innenbeteiligung! Zwar hat unlängst die Mehrheit des Bundesrates solch ein Vorgehen kritisiert, aber entsprechende Verordnungen auf Bundesebene gibt es noch nicht.

Abgrundtief verunsichert

Die Landesregierung erteilte der Öl- und Gasbranche in Brandenburg einen Freibrief, indem sie diese von der im Bundesgesetz ausdrücklich vorgesehenen zehnpromzentigen Förderabgabe be-



© wormue/fotolia.com

freite. Warum eigentlich? Schließlich machen die Rohstoff-Unternehmen ein Millionengeschäft und die Einnahmen würden ausschließlich dem Land zufließen.

In Beeskow wollte sich Bayerngas nicht verpflichten, auf das sogenannte Fracking zu verzichten, bei dem große Mengen Wasser und giftige Chemikalien in den Untergrund gepresst werden, um unkonventionelles Gas zu fördern. Wir fürchten, dass der Chemiecocktail Menschen, die Trinkwasserversorgung und die Umwelt gefährdet. Die Bürger_innen in Beeskow, die sich bereits erfolgreich gegen die CCS-Pläne Vattenfalls gewehrt haben, müssen sich nun mit den Gefahren des Frackings auseinandersetzen. Unsere Fraktion wird sowohl ein CCS-Verbotsgesetz in den Landtag einbringen, als auch die Bundesratsinitiative zum Fracking-Verbot weiter unterstützen.

Sabine Niels
Sprecherin für Bergrecht

www.gruenlink.de/fi5

EISEN UND SULFATE IN DER SPREE

MEHR TRANSPARENZ FÜR BRAUNE BRÜHE

Es musste viel Wasser die Spree hinunterfließen, bis die braune Brühe endlich auch die rot-rote Regierungskoalition im Landtag erreichte – zumindest im übertragenen Sinne. Auf unsere bündnisgrüne Initiative hin haben sich Anfang des Jahres nun alle Landtagsfraktionen entschlossen, die Verockerung und Sulfatbelastung der Spree und damit die Gefahren für den Spreewald und die Fließgewässer im Süden Brandenburgs zu bekämpfen.

Problem erkannt...

Das für die Braunfärbung der Spree verantwortliche Eisenhydroxid ist insbesondere auf den Grundwasseranstieg in alten Tagebauen zurückzuführen, die Sulfatbelastung auf den aktiven Braunkohleabbau. Sul-



© Wolfgang Renner

fate im Trinkwasser können Durchfall und Übelkeit auslösen. Eisenhydroxid lässt die Gewässersohle verschlammen und die Kiemen der Fische verkleben, die dann – wie viele Bodenorganismen und Pflanzen – absterben. Die braune Spree kann aber auch eine Gefahr für das UNESCO-Biosphärenreservat Spreewald werden – und damit für alle, die vom Tourismus, der Landwirtschaft und der Fischerei leben.

... Gefahr noch nicht gebannt

Die Lösung des seit den 1990er Jahren bekannten und sich in den nächsten Jahren noch verschärfenden Umweltproblems wird bis zu 100 Jahre in Anspruch nehmen, sagen die Gutachten. Dass jetzt Sofortmaßnahmen eingeleitet werden müssen und parallel weiter an Ursachen und Lösungswegen geforscht wird – darin sind wir uns mit den anderen Fraktionen einig. Alle appellieren an die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft (LMBV), mehr zu tun. Wir sehen auch Vattenfall als einen Verursacher des Problems in der Verantwortung – und damit in der Pflicht, für die Sanierung der Gewässer mit aufzukommen. Die Rechnung darf nicht auf die Steuerzahler_innen abgewälzt werden. Die Umweltauswirkungen der Braunkohleförderung sind für uns Bündnisgrüne ein Argument mehr gegen den Aufschluss neuer Tagebaue.

Fahren auf Sicht – mit uns nicht

Transparenz – zu deutsch: Durchsichtigkeit – hat die braune Spree jetzt in mehrfacher Hinsicht nötig. Während Schadstoffe weiter in die Spree fließen, dringen Informationen zu Ursachen und Lösungswegen nur tröpfchenweise an die Öffentlichkeit. Das Aktionsbündnis Klare Spree und alle betroffenen Menschen vor Ort ernst zu nehmen, heißt, u. a. für die LMBV, auch künftig alle Studienergebnisse komplett zu veröffentlichen.

Sabine Niels
Sprecherin für Bergrecht

www.gruenlink.de/g5p

IM PORTRAIT

DIETRICH VON TENGG-KOBLIGK:
VOM WINDE BEWEGT

An freien Tagen rufen ihn die Berge. Da oben, wo der Wind bläst und man der Sonne ein Stück näher ist, lädt Dietrich von Tengg-Kobligk seinen Akku auf. Aber auch auf dem Brauhausberg im Potsdamer Landtagsbüro sind erneuerbare Energien sein Thema.

Seit einem Jahr ist der 47-Jährige in der bündnisgrünen Fraktion Referent für Klima und Energie. 2013 will er neben dem CCS-Gesetz ein Klimaschutzgesetz für Brandenburg mit auf den Weg bringen. „Wenn Klimaschutzziele jährlich festgeschrieben und umgesetzt werden müssen, gibt das mehr Verlässlichkeit, gute Argumente für Förderprogramme und Begründungen für auch mal unbequeme Entscheidungen“, ist sich Tengg-Kobligk sicher.

Braunkohle hat ausgedient

Eine jüngst von der Fraktion veröffentlichte Studie zeige, dass Brandenburg und Berlin bis 2030 ihren Strom vollständig aus erneuerbaren Energien speisen können. „Bei der Wärmeversorgung wird das jedoch länger dauern, und deshalb müssen wir die Gebäudesanierung vorantreiben, um Energieverbrauch und die Emissionen in diesem Bereich zu drosseln.“ Der studierte Architekt sieht sich dabei als Brückenbauer zwischen ExpertInnen, politischen Akteu-

rInnen und BürgerInnen: „Energie und Klima gehen uns alle an, jeder hat ein Recht darauf, die Problematik zu verstehen.“

Dietrich von Tengg-Kobligk weiß, wovon er spricht. Zehn Jahre lang hat er – erst im niedersächsischen Varel, dann in Neubrandenburg und später in Bernau – Windenergieprojekte entwickelt, aber keine wirkliche Leidenschaft für ein knallhartes Unternehmertum. Bevor es ihn

nach Potsdam verschlug, absolvierte er noch ein zweijähriges Masterstudium im Nachhaltigkeitsmanagement und machte ein Jahr lang im Auftrag des Forums Umwelt und Entwicklung in Brüssel Lobby- und Netzwerkarbeit für den Klimaschutz.

Wütend über Verwüstung

„Während die Kanzlerin in Deutschland die Klimaschutzkönigin gibt, blockiert sie in Brüssel die CO₂-Reduktionsziele“, ärgert sich der Energieexperte. „Aber nicht nur im Yasuni-Nationalpark in Ecuador, auch in



© Fraktion

Brandenburg sollen die Bodenschätze im Boden bleiben, wenn ihre Förderung die Natur zerstört.“ Die Verwüstung der Lausitz durch die Tagebaue macht ihn regelrecht wütend. Seine Antwort: Sich mit kleinen Beträgen bei der Energiegenossenschaft in Potsdam und zwei Windprojekten in Brandenburg beteiligen. Die Demokratisierung der Stromversorgung – das ist für Dietrich von Tengg-Kobligk die Energiewende von unten.

Frauke Zelt

NATURSCHUTZGESETZ-NOVELLE

AUSSEN HUI, INNEN PFUI?

„Lust auf NaTour“ versprach Brandenburg jüngst wieder auf der Internationalen Tourismusbörse im März in Berlin. Das Land wirbt mit seinen Nationalen Naturlandschaften und außergewöhnlichem Artenreichtum – zu Recht. Doch einige Rudel Wölfe und vereinzelte Elche, Singschwantage im Nationalpark und Kranichrast in der Niederlausitz sichern noch keine biologische Vielfalt. Umso mehr freuten wir uns, auf dem Workshop des Umweltministeriums zum Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt Ende 2012 auch jene Forderungen zu hören, die wir in unseren Änderungsanträgen zum Naturschutzgesetz formulierten. In die Novelle des Gesetzes haben sie es jedoch nicht geschafft.

Gute fachliche Praxis verdient den Namen nicht

Die Hälfte der Arten in Brandenburg ist gefährdet. Der Rückgang beispielsweise der Bestände des Rebhuhns um fast drei Viertel und des Feldsperlings um mehr als die Hälfte geht auf das Konto der intensiven Landwirtschaft. Der Abwärtstrend wird sich fortsetzen, wenn wir nicht eindeutige Regeln für die im Gesetz allgemein formulierte „gute fachliche Praxis“ definieren. Eine mindestens dreigliedrige Fruchtfolge auf Äckern, konkrete Schritte gegen die zunehmende „Vermassung“ der Landschaft, ausreichende Abstände von Gentech-Pflanzen zu Naturschutzgebieten und Fließgewässern und dass

Wiesen und Moorböden nicht zu Äckern werden – das wollen wir nun wenigstens in einer Verordnung festgelegt wissen.

Vogelfreies Brandenburg

Mit einem einzigen Paragraphen werden im neuen Naturschutzgesetz die 20 fehlenden EU-Vogelschutzgebiete formell unter Schutz gestellt. Aber ohne konkrete, auf das Gebiet bezogene praktische Regelungen ist den verschiedenen zu schützenden Vogelarten, aber auch den dort wirtschaftenden LandwirtInnen und Betrieben gar nicht gerecht zu werden. Auch hier gibt es viel Nachholbedarf in einer Verordnung.

Gegen den Baum

Ein von uns für das Naturschutzgesetz geforderter landesweit gültiger Mindestschutz für alte Bäume hätte zumindest die ältesten Bäume geschützt. Denn in den Landkreisen Uckermark, Oberhavel und Märkisch-Oderland gibt es keine Baumschutzsatzungen, so dass sämtliche Bäume außerhalb der Ortslagen gefällt werden dürfen – und sofern auch die Gemeinden keine Baumschutzsatzung erließen, auch im Ort selbst.

Michael Jungclaus, Umweltpolitischer Sprecher

www.gruenlink.de/5m2





Die richtige Mischung machts.

© Alexander Rathsf/fotolia.com

BERLIN-BRANDENBURG: EINE WISSENSCHAFTSREGION?!

Berlin und Brandenburg bilden seit über 20 Jahren eine gemeinsame Wissenschaftsregion. Berlins große Universitäten und die Attraktivität der Stadt selbst als Studien- und Lebensort werden durch das Angebot der Brandenburger Hochschulen ergänzt. Die Universität Potsdam hat dabei als führende Akteurin im Kreise der mittelgroßen Universitäten ihre Chancen zur Profilierung genauso genutzt wie die bundesweit einmalige Viadrina in Frankfurt (Oder) und die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde. In beiden Bundesländern wird das Spektrum ergänzt durch etliche, unterschiedlich große und unterschiedlich profilierte, aber jeweils klar auch regional ausgerichtete Fachhochschulen.

Hochschulen und außeruniversitäre Einrichtungen der beiden Länder sind insbe-

sondere im Bereich Berlin-Potsdam durch viele gemeinsame Projekte verbunden. Die Strategie der komplementären Ausrichtung hat z. B. dazu geführt, dass Brandenburg weder Mediziner_innen noch Berufsschullehrer_innen ausbildet und Berlin keine Verwaltungswissenschaften anbietet. Diese Strategie wurde anfangs von beiden Bundesländern bewusst vertreten, in den letzten Jahren allerdings stiefmütterlich behandelt. Dazu kommt, dass Brandenburg im Bundesvergleich am wenigsten für seine Hochschulen ausbitt.

Deshalb wollen wir Bündnisgrüne die Region insgesamt betrachten und über ein Gutachten Ansätze einer gemeinsamen Wissenschaftspolitik ausloten lassen. Welche Anforderungen soll der gemeinsame Wissenschaftsraum der Hauptstadtregion erfüllen? Wie lässt sich dabei unser Ziel

einer breiten Zugänglichkeit zum Studium bei gleichzeitiger Absicherung des gesamten Wissenschaftsspektrums – von der Grundlagenforschung bis zur Anwendungsorientierung – am besten umsetzen? Dazu müssen Stärken und Schwächen der Hochschulregion analysiert und die Breite der bereits bestehenden Angebote über Ländergrenzen hinweg unbürokratisch zugänglich gemacht werden. Und es muss wieder eine stärkere Abstimmung der Angebote geben, ein gemeinsames Auftreten bei der Wissenschaftskonferenz der Länder und eine insgesamt bessere Koordinierung des Wissenschaftsraumes Berlin-Brandenburg.

*Marie Luise von Halem
Wissenschaftspolitische Sprecherin*

EINFACH & TAKTLOS

Der Infrastrukturminister hat den Landesnahverkehrsplan 2013 – 2017 auf den Weg gebracht – doch Vorschläge und Kritik von Betroffenen, ExpertInnen und Opposition sind auf der Strecke geblieben. Wer den Plan gerade einmal neun Tage nach einem – von uns angeregten und allen Fraktionen veranstalteten – Fachgespräch in Kraft setzt, hat nicht wirklich Interesse an breiter Beteiligung. Eine Analyse der Probleme der vergangenen Jahre und künftiger Potenziale fiel aus. Ausgereifte Bus-Bahn-Konzepte lassen auf sich warten, RadlerInnen drängeln sich weiter sonntags in Regionalzügen, attraktive Angebote zum Umstieg vom Auto auf die Bahn: Fehlanzeige.



Ausgebliebene Abbestellungen von Strecken sind die gute Botschaft des Plans. Insbesondere in der Prignitz jedoch dünnt das Angebot weiter aus. Die angeblich erfolgte Abstimmung des Plans mit Berlin darf bezweifelt werden: Brandenburg sah die S-Bahn-Verlängerung bis Falkensee nicht vor, Berlin kündigte dies wenig später an. Mit einem Antrag forderten wir Herrn Minister Vogel-sänger auf, mit dem Berliner Senat einen gemeinsamen Länder-nahverkehrsplan zu entwickeln. So können Gelder effektiver eingesetzt, Angebote und Taktzeiten aufeinander abgestimmt werden. Brandenburg und Berlin sollten andere Länder gewinnen, um sich auf Bundesebene gegen die überzogenen, ständig steigenden Trassenpreise und Stationsentgelte der Deutschen Bahn zu wehren, die diese nicht einmal in die regionale Infrastruktur reinvestiert. Für Brandenburg bliebe dann mehr Geld übrig, um das Angebot im ÖPNV tatsächlich zu verbessern.

Michael Jungclaus
Infrastrukturpolitischer Sprecher

GASTBEITRAG

MEHR LEITUNG FÜR GUTE KITAS

Kindertagesstätten sind als Orte früher Förderung und ganzheitlicher Bildung aus der Bildungslandschaft nicht wegzudenken. Es besteht ein flächendeckendes Netz von Kitas zur Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Jüngsten mit hohem sozialpädagogischem Anspruch. Dabei gilt es, immer wieder neue Herausforderungen zu meistern, z. B. Sprachförderung, Kinderschutz, Stärkung der Erziehungskompetenz u. v. m. Insbesondere die Aufgaben für die Leitung sind mit der Qualitätsentwicklung in den letzten Jahren anspruchsvoller und umfangreicher geworden. Aber haben sich deswegen die Bedingungen für LeiterInnen verbessert? Nein. Zahlen der Bundesjugendstatistik weisen für Brandenburg darauf hin, dass fast 60 Prozent der Kitas keine Leitung oder lediglich eine Fachkraft „mit Zweitaufgabe Leitung“ haben. Kein Betrieb oder Unternehmen wäre ohne Management vorstellbar! Daher fordert der PARITÄTISCHE Brandenburg als einen ersten notwendigen Schritt die Verbesserung des Leitungsanteils um fünf Wochenstunden, damit LeiterInnen Zeit haben, die Vielfalt an Aufgaben zu bewältigen. Neben der fachlichen Weiterentwicklung sind Personalführung, Teamentwicklung und Zusammenarbeit mit Eltern zentrale Aufgaben geworden. In kleinen Kitas ist die Situation besonders prekär. Hier muss der Leitungsanteil verdoppelt werden.

Bettina Stobbe

Referentin für Kindertagesbetreuung,
Bildung und Familie im Paritätischen
Wohlfahrtsverband Brandenburg



Unsere Fraktion unterstützt diese Forderungen und wird entsprechende Initiativen in den Landtag einbringen.

DEIN LAND, MEIN LAND, KEIN LAND

Ob Leute ihr Eigentum aus der Bodenreform behalten durften, ist insbesondere in Brandenburg immer Glückssache gewesen. Das könnte sich jetzt ändern.

Worum es geht: Mit der Bodenreform wurden nach Kriegsende die Ländereien in der sowjetischen Besatzungszone neu aufgeteilt. So genannte NeusiedlerInnen erwarben klein parzellierte Flächen zur eigenen Bewirtschaftung. Ihr neues Land war vererbbar, so stand es in ihren Urkunden. Zwar verloren die neuen LandeigentümerInnen später durch die DDR-Zwangskollektivierung die Verfügungsgewalt über ihr Eigentum. Doch noch im Jahr 1990 stellte die Volkskammer per Gesetz klar, dass das Bodenreformigentum ohne Wenn und Aber Volleigentum ist. Im Vertrauen darauf haben viele Betroffene Pläne geschmiedet, sie haben Flächen verkauft oder wollten sie wieder selbst bewirtschaften. Doch dann kam alles ganz anders: In der Annahme, Bodenreformland sei nicht vererbbar, änderte der Bundesgesetzgeber 1992 die bisherige Rechtslage. In der Konsequenz mussten unzählige Betroffene

ihr Eigentum zugunsten des nun „besserberechtigten“ Landes abtreten. Das Land Brandenburg verfolgte diese Aneignungspraxis mit besonderer Vehemenz – bis hin zur Sittenwidrigkeit, die der Bundesgerichtshof dem Land später vorhielt. Zurückgeblieben sind große Zweifel am Rechtsstaat und tragische Schicksale: Menschen, die um ihr Eigentum kämpften und am Ende vor einem finanziellen Scherbenhaufen stehen.

Mit dem jetzt vorliegenden Staatsvertrag könnte sich die Situation allerdings ändern. Danach dürfen die Länder nun selbst entscheiden, wie sie mit den umstrittenen Flächen umgehen. In Brandenburg betrifft das 16.000 Hektar. Es ist an der Zeit, einen Schritt auf die geprellten NeusiedlerInnen zuzugehen, sie wieder in ihre Rechte zu setzen oder zumindest angemessen zu entschädigen. Unsere Fraktion wird sich dafür im Landtag einsetzen.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

www.gruenlink.de/g5n

GRÜNE FILMREIHE „More than Honey“

- in Planung -

Die kleine Biene ist die große Ernährerin der Menschen: Die Lebensmittelherstellung ohne Bienen ist auch in einer hoch industrialisierten Gesellschaft undenkbar. Das mysteriöse, weltweite Bienensterben beschäftigt auch viele BrandenburgerInnen – deshalb planen wir, diesen spektakulären Dokumentarfilm über die Bedeutung der Bienen an vielen Orten im ganzen Land zu zeigen.



Weitere Informationen zu unseren Fraktionsveranstaltungen:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/veranstaltungen

brandGRÜN und weitere Publikationen der Fraktion – auch als Download – unter:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/publikationen

IMPRESSUM brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8 , 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Textredaktion: Frauke Zelt
Bildredaktion: Michael Mangold
Titelbild: M. Pichlmaier/ideengruen.de
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG